

II-2156 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN**

**Ballhausplatz 2, 1014 Wien
Tel. (0222) 66 15, Kl. 3427 DW
Sachbearbeiter: Ges. Dr. Parisini
DVR: 0000060**

GZ. 727/252-II.1a/84

Wien, am 11. Dezember 1984

Schriftliche Anfrage der Abg. z. NR
Dr. Khol und Gen. an Herrn Bundes-
minister betreffend die österrei-
chische Aussenpolitik im Zusammen-
hang mit El Salvador und Nikaragua
(1049/J-NR/1984 vom 3. 12. 1984)

950 IAB
1984 -12- 17
zu 1049 J

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 W I E N

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Khol, Dr. Steiner, Dr. Ermacora, DDr. König, Dr. Höchtel und Gen. haben am 3. Dezember 1984 unter der Nr. 1049/J-NR/1984 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die österreichische Aussenpolitik im Zusammenhang mit El Salvador und Nikaragua gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

1. Sind Sie nach wie vor wie Minister Lanc der Meinung, daß im Hinblick auf die demokratische Entwicklung in El Salvador Entwicklungshilfe an dieses Landes nicht geleistet werden sollte?

2. Sind Sie der Meinung, daß die in El Salvador eingetretenen Entwicklungen unter der Regierung Duarte die genannte Beurteilung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten ändert und daher in Zukunft Entwicklungshilfe auch an El Salvador im Falle eines Ansuchens geleistet wird?

3. Sind Sie bereit, die Flüchtlingslager in El Salvador durch zielgerichtete Hilfe im Wege der Caritas und anderer caritativer Stellen zu unterstützen?

4. Sind Sie bereit, die grundsätzliche österreichische Haltung gegenüber El Salvador zu revidieren und den Botschafter in Mexico anzuweisen, sein Beglaubigungsschreiben bei Präsident Napoleon Duarte zu überreichen?

./.

- 2 -

5. Sind Sie bereit, die österreichische Politik in bezug auf Nicaragua im Lichte der scheindemokratischen Wahlen in diesem Land am 4. November 1984 zu überprüfen und darauf hinzuwirken, daß Fortschritte auf dem Gebiet des Menschenrechtsschutzes, der pluralistischen Demokratie und des Friedens gemacht werden?

6. Sind Sie bereit, auf einen umfassenden nationalen Dialog aller politischen Kräfte in Nicaragua hinzuwirken, damit die in Ausarbeitung befindliche Verfassung Nicaraguas die Grundsätze der pluralistischen Demokratie verankert?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1) Zunächst möchte ich anmerken, daß in El Salvador in den Jahren 1982 und 1983 Budgetmittel in Höhe von insgesamt rund öS 400.000,-- für Projekte der Technischen Hilfe Österreichs (Landwirtschaft bzw. Gesundheitswesen) eingesetzt wurden.

Die Finanzierung von Projekten in El Salvador erscheint auch in Hinkunft grundsätzlich möglich, allerdings wird dabei die weitere innenpolitische Entwicklung dieses Landes einschließlich der Beachtung der Menschenrechte einerseits sowie die Frage der Schwerpunktbildung in der Verteilung österreichischer Entwicklungshilfe andererseits eine Rolle spielen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß ich sowohl die Kompetenz wie auch die Verwaltungsstruktur für den Entwicklungshilfebereich erst ab 1. Jänner 1985 übernehmen werde. Ich bin jedoch gern bereit, ab diesem Zeitpunkt anlässlich der Fortschreibung des Dreijahresprogrammes für Entwicklungshilfe Anregungen betreffend die Setzung neuer Schwerpunkte zu prüfen, wobei neben der erforderlichen Kontinuität die soziale Bedürftigkeit der Entwicklungshilfe-Empfänger und die Begrenztheit unserer Budgetmittel zu berücksichtigen sein werden.

Zu 2) Der unter Präsident Duarte in El Salvador anlaufende Dialog hat zwar erste Gesprächskontakte zwischen Regierung und Insurgenz erbracht, ohne jedoch eine länger dauernde Einstellung des Bürgerkrieges zu bewirken. Auch hat sich die Menschenrechtssituation zwar etwas gebessert, jedoch ist die Anzahl der politischen Morde, wie es auch in der Anfrage formuliert wird, immer noch unerträglich hoch.

Österreich hat die beiden Wahlvorgänge in El Salvador mittels einer qualifizierten politischen Berichterstattung verfolgt und wird auch weiter-

./.

- 3 -

hin die Entwicklung in diesem Lande im Auge behalten und zum gegebenen Zeitpunkt darauf entsprechend reagieren.

Ansuchen seitens El Salvadors um Gewährung österreichischer Entwicklungshilfe werden unter Berücksichtigung der Bedürftigkeit der Zielgruppen, der Menschenrechtssituation sowie der finanziellen Möglichkeiten Österreichs ernsthaft geprüft werden.

Zu 3) Mitmenschliche Solidarität und hiebei insbesondere Hilfgewährung an Flüchtlinge zählt zu den vornehmsten Zielen der österreichischen Aussenpolitik. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang der von Ihnen zitierten Haltung meines Amtsvorgängers anschließen und bekräftigen, daß Österreich wie in allen anderen Fällen sein Möglichstes tun wird, um Flüchtlingsleid - auch im Bereich El Salvadors - in geeigneter Form zu lindern.

Zu 4) Die österreichische Haltung gegenüber El Salvador wird sich daran orientieren, in welchem Maße es gelingt, durch einen echten nationalen Dialog die derzeit herrschende Bürgerkriegssituation zu entschärfen und die Mißachtung der Menschenrechte auf Dauer zu beenden.

Zu 5) Ich habe bereits in meiner Erklärung vom 12. November 1984 zu den Nikaragua-Wahlen darauf hingewiesen, daß diese Wahlen nicht frei von Schönheitsfehlern waren, aber dennoch einen Fortschritt in Richtung Demokratie und Pluralismus darstellen. Von scheindemokratischen Wahlen sollte jedoch nicht gesprochen werden; sowohl die Durchführung als auch das Ergebnis der Wahlen haben eine Artikulation des nikaraguanischen Volkes in Richtung demokratischen Pluralismus ermöglicht.

Das österreichische aussenpolitische Engagement bezüglich Nikaragua verfolgt in erster Linie den Zweck, zur Demokratisierung dieses Landes beizutragen, wozu auch eine Besserung der materiellen Verhältnisse, der Versorgung etc. gehört. Österreich verfolgt dabei sehr genau, welche Weiterentwicklung auf den Gebieten der Demokratie, der Menschenrechte und des Friedens eintritt. Insgesamt bezweckt das österreichische Engagement, in Mittelamerika einen Beitrag zur Entschärfung der regionalen Spannungen zu leisten und somit zum Weltfrieden beizutragen. Deshalb hat Österreich seit Beginn die Contadora-Initiative unterstützt, die eine gewaltfreie Lösung der politischen Probleme der Region durch die Kräfte der Region selbst, unter Mitwirkung aller politischen Faktoren und ohne Einmischung von außen, von welcher Seite auch immer, anstrebt. Österreich steht weiterhin voll hinter diesen Bemühungen.

./.

- 4 -

Zu 6) Nach meinen Informationen findet in Nikaragua in Anschluß an die Wahlen ein breiter nationaler Dialog aller Parteien und Gruppen statt, an welchem auch diejenigen politischen Gruppierungen teilnehmen können, die sich der Wahl nicht gestellt haben. Wir werden uns bemühen, im Rahmen unserer Möglichkeiten diesen Vorgang im Sinne einer fortschreitenden Demokratisierung zu fördern.

Generell möchte ich darauf hinweisen, daß Nikaragua mehr als 40 Jahre brutale Ausbeutungsdiktatur und Menschenrechtsverletzung ertragen mußte, sodaß realistischerweise wohl nur ein allmählicher Übergang zu pluralistischen Verhältnissen erwartet werden kann. Die österreichische Aussenpolitik wird trachten, diesen Prozeß zu fördern.

Der Bundesminister
für Auswärtige Angelegenheiten:

